

## **Wahlanalyse Parlamentswahlen Kroatien, 4.12.2011**

### **Kroatien wählt den Wandel**

Am 4. Dezember 2011 fanden in Kroatien seit dem Zerfall Jugoslawiens die siebten Wahlen zum «Sabor», dem kroatischen Parlament, statt. Unter dem Eindruck von Korruptionsskandalen und dem Abbau sozialer Rechte kam es zu einem ausgeprägten Lagerwahlkampf und dem starken Rückgang der Wahlbeteiligung. Als deutlicher Sieger ging die «Kukuriku»-Koalition unter Führung der sozialdemokratischen SDP aus dem Wahlgang hervor und leitet damit erstmals einen linken Kurswechsel in der kroatischen Politik ein. Nun stellt sich die Frage, ob auch eine inhaltlich-praktische Verschiebung von der neoliberal-klientelistischen hin zu einer transparenten, sozial gerechten Politik geleistet wird, die den Schutz öffentlicher Güter garantiert.

Kroatiens Wahlverfassung beruht auf einem Verhältniswahlrecht, dass mit einer auf die zwölf Wahleinheiten bezogenen fünf Prozent-Hürde versehen ist. Die ersten zehn Wahleinheiten folgen einer territorialen Gliederung des kroatischen Staatsgebiets, die elfte Wahleinheit rekrutiert sich aus der sogenannten kroatischen Diaspora, kroatischen Staatsbürger\_innen also, die nicht im Land gemeldet sind, während die zwölfte Wahleinheit ausschließlich den staatlich anerkannten Minderheiten zur Wahl ihrer acht Vertreter offen steht. Die Minderheit der in Kroatien lebenden Serben wählt dabei drei Vertreter, die restlichen 21 offiziell anerkannten Minderheiten wählen nach einem spezifischen Schlüssel insgesamt

fünf Vertreter. Gewählt wurden insgesamt 151 Parlamentarier.<sup>1</sup> Interessant ist hierbei, dass die Zahl der Vertreter der sogenannten Diaspora, nach jahrelangen hitzigen Debatten, von fünf auf drei reduziert worden ist. Den meisten Widerstand diesbezüglich galt es bei der rechtskonservativen «Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft» [HDZ] zu überwinden, die erheblich von dieser Regelung profitiert hat da die überwiegende Mehrheit der Diaspora aus national-konservativen Wählerschichten, insbesondere aus Bosnien-Herzegowina und Nordamerika, bestand.

### **Zwischen Korruption und Wirtschaftskrise – «Lijepa naša»<sup>2</sup> in *Transition***

Kroatien befindet sich gegenwärtig in einer ausgesprochen angespannten Wirtschafts- und Finanzlage, die sowohl durch einen spürbaren Rückgang des Wirtschaftswachstums gekennzeichnet ist als auch durch eine extrem hohe Staatsverschuldung (102 Prozent des BIP), deren Konsequenzen sich vor allem in einer hohen Arbeitslosenzahl (über 18 Prozent), einem beschleunigten Abbau sozialer Leistungen und der zunehmenden Infragestellung des freien Zugriffs auf öffentliche Güter niederschlagen. Diese Folgeerscheinungen der neoliberalen Transitions politik haben zu einem eklatanten Niedergang des durchschnittlichen Lebensstandards in Kroatien geführt, sind jedoch kein exklusiv kroatisches, sondern ein allgemeines Problem in den jugoslawischen Nachfolgestaaten.<sup>3</sup> Für zusätzlichen

---

<sup>1</sup> In § 16 des kroatischen Wahlrechts wird eine am prozentualen Anteil an der Bevölkerungszahl orientierte, gruppenspezifische Zusammenfassung der Minderheiten vorgenommen. Daraus ergibt sich folgender Schlüssel: Neben der serbischen Minderheit wählen die ungarische und die italienische Minderheit jeweils einen eigenen Vertreter, die Tschechen und Slowaken werden zusammen gefasst und wählen einen Vertreter; Albaner, Bosnier, Montenegriner, Makedonier und Slowenen als Bürger des ehemaligen Jugoslawiens wählen ebenfalls einen gemeinsamen Vertreter, während sich die österreichische, bulgarische, deutsche, polnische, roma, rumänische, russische, türkische, ukrainische, walachische und jüdische Minderheitsbevölkerung als eine höchst heterogene Gruppe auch auf einen Kandidaten einigen muss. Vgl. dazu <http://www.sabor.hr/Default.aspx?art=1874> , zuletzt aufgerufen am 28.11.2011.

<sup>2</sup> Die Bezeichnung «Lijepa naša» geht auf den Titel der kroatischen Nationalhymne zurück und wird von der kroatischen Tourismuswirtschaft als Slogan benutzt, um auf die Naturschönheiten des Landes hinzuweisen.

<sup>3</sup> Ohne en detail auf die theoretischen und praktischen Implikationen der Transition eingehen zu wollen, sei hier als weiterführender Hinweis verwiesen auf Đorđe Tomić, *Od transformacije do tranzicije i nazad: Nauka o transformaciji? Pojmovi, pitanja, teorije*, S. 33-56; Goran Musić, *Suprostavlanje interpretacije tranzicije: Balkan i Srednja Evropa*, S. 87-102; Mislav Žitko, *Tranzicija finansijskog sektora u Hrvatskoj i Sloveniji*, S. 87-115, alle abgedruckt in Ana Veselinović/Petar Atanacković/Željko Klarić (Hrsg.), *Izgnubljeno u tranziciji. Kritička analiza procesa društvene transformacije*, Beograd 2011.

Unmut und Widerstand sorgte die als systemimmanent zu bezeichnende Korruptiertheit der politischen und ökonomischen Eliten des Staates, deren medialer Höhepunkt die nicht zuletzt innerparteilich motivierte Aufdeckung des Korruptionsskandals um den ehemaligen Premierminister und HDZ-Vorsitzenden Ivo Sanader war. Gegen ihn wird zur Zeit prozessiert, da er im dringenden Verdacht steht, mehrere Millionen Euro an illegalen Provisionen durch die Hypo Group Alpe Adria, eine ehemalige Tochter der bayerischen Landesbank, erhalten zu haben. Doch nicht nur der ehemalige Premier ist unter Korruptionsverdacht geraten: Die bis Sonntag regierende HDZ unter Premierministerin Jadranka Kosor steht nach der Aufdeckung einer Parteispendenaffäre, systematischer Steuerhinterziehung und Vetternwirtschaft unter einem Generalverdacht. Auch die in der letzten Legislaturperiode führende Oppositionspartei, die sozialdemokratische SDP, wird immer öfter im Umfeld der Ermittlungen der kroatischen Antikorruptionsbehörde USKOK genannt. Hinzu kommen gefälschte Dokumentationen bei der Erfassung der Kriegsteilnehmer und Invaliden, was zu hohen Pensionszahlungen insbesondere an der HDZ nahe stehende Personen führte.

Die eklatante Krise des Bildungssektors, aus der heraus sich eine basisdemokratisch organisierte soziale Bewegung an den kroatischen Universitäten, insbesondere den philosophischen Fakultäten, herausgebildet hat, offenbarte auch die extreme soziale Exklusivität des kroatischen Bildungssystems und die damit einhergehende Benachteiligung junger Menschen aus Arbeiterfamilien. Das kroatische Hochschulsystem ist zudem, analog zum politischen, in der vergangenen Legislaturperiode ins Visier der Antikorruptionsbehörde geraten. Im Rahmen der «Affäre Indeks» wurde die Öffentlichkeit mit der scheinbar insbesondere an wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Lehrstühlen verbreiteten Methode der sexuellen Dienstleistung oder der klassischen finanziellen Bestechung als anerkanntem Ersatz für fachliche Prüfungsleistung bekannt gemacht.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Eine umfassende Dokumentation zu dieser Affäre befindet sich auf <http://www.index.hr/tag/132903/afera-indeks.aspx> , aufgerufen am 28.11.2011. Im Ranking von Transparency International befindet sich Kroatien, zusammen mit Makedonien, Ghana und Samoa, auf Rang 62. Nimmt man Slowenien mit Platz 27 als im Vergleich positiven Ausreißer raus, so befinden sich alle anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens im unteren Ranking, Montenegro 69, Serbien 78, Bosnien-Herzegowina 91 und Kosovo 110. Siehe <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html> , aufgerufen am 28.11.2011.

Der endgültige Beginn der Beitrittsverhandlungen Kroatiens mit der Europäischen Union dürfte, zumindest formal, als eines der wenigen positiven Resultate dieser Legislaturperiode gelten. Jedoch steht zu befürchten, dass im Zuge dieser Verhandlungen auch die letzten Reste der sozialen Absicherung und der Arbeiter\_innenrechte aufgeweicht und abgeschafft werden.<sup>5</sup> Dem europäischen Gedanken diametral entgegengesetzt gestaltete sich der Wahlkampf der Regierungskoalition, bzw. ihrer führenden Partei um Frau Kosor als Spitzenkandidatin. Nichts schien der in den Umfragewerten auf knapp 20 Prozent der Wählerstimmen abgesackten HDZ zu billig, um das Wahlvolk doch noch für die eigene Partei zu begeistern. Dabei oszillierte die Feindzuschreibung zwischen bräsigem Antikommunismus im innenpolitischen, und einem marktschreierischen Nationalismus im außenpolitischen Diskurs.<sup>6</sup> Zu den Warnungen, die Wähler müssten sich entscheiden ob sie ein «rotes Kroatien» haben möchten, womit sie auch eine ideologische Kampagne gegen den derzeitigen Staatspräsidenten und gemäßigten Linken Ivo Josipović implizierte, gesellte sich ein medial geführter Rückfall in die 1990er Jahre, als die Premierministerin wiederholt zu verstehen gab, dass Kroatien sich nie wieder Befehle aus der serbischen Hauptstadt Belgrad abholen werde. Hintergrund dieser Aussagen war ein geplanter Auslieferungsantrag der serbischen Justizbehörden gegen mutmaßliche kroatische Kriegsverbrecher, dessen juristische Bindungspflicht jedoch von der kroatischen Seite nicht mehr anerkannt wird.

Weiterhin schwierig gestaltet sich die Situation der Minderheitenrechte, insbesondere der serbischen Minderheit. Zwar beteiligte sich die «Unabhängige Serbische Demokratische Partei» [SDSS] sogar als Koalitionspartner an der Regierung, einen merklichen positiven Aufschwung in der Frage der Rückführung und Entschädigung der vertriebenen Staatsbürger serbischer Nationalität kann man

---

<sup>5</sup> Siehe dazu Srećko Pulig, *Asocijalna država*, in: *Novosti*, 05.11.2011; ders., *Bolni rezovi*, in: *Novosti*, 29.10.2011; Boris Postnikov, *Marksizam za ponavljače*, in: *Novosti*, 29.10.2011.

<sup>6</sup> Dazu Marinko Čulić, *Nacionalistička kontrarevolucija*, in: *Novosti*, 16.10.2011; Hrvoje Klasić, *Govor mržnje je naša svakodnevnica*, in: *Novosti*, 29.10.2011; damit verknüpft auch die jüngsten antisemitischen Ausfälle in kroatischen Medien, siehe die grundlegende Kritik von Viktor Ivančić, *O bankarima i židovima*, in: *Novosti*, 05.11.2011; Boris Rašeta, *Bankarsko pitanje*, in: *Novosti*, 05.11.2011; zum Antikommunismus/Antijugoslawismus siehe Viktor Ivančić, *Bauk Jugoslavije*, in: *Novosti*, 06.10.2011.

jedoch auch nach dieser Legislaturperiode nicht konstatieren.<sup>7</sup> Noch unzufriedenstellender fällt das Urteil in der Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit sexuellen Minderheiten aus. Selbst wenn man einen längeren Wandlungsprozess im Hinblick einer Anerkennung und vollen Gleichberechtigung Homo- und Transsexueller Communities in Rechnung stellt, zumal in einer Mehrheitsgesellschaft, deren mentale Disposition seit den 1990er Jahren systematisch durch den überwiegend reaktionären und erzkonservativen Klerus der katholischen und orthodoxen Kirche geprägt worden ist, so trägt die politische Elite Kroatiens dennoch die volle Verantwortung für die durch nichts zu rechtfertigende Gewalteskalation gegenüber sexuellen Minderheiten, wie sie sich etwa bei den in Zagreb und Split organisierten gay pride «Paraden des Stolzes» [Parade ponosa] in aller Dramatik zeigte.

Zusammenfassend liest sich die Regierungsbilanz von Premierministerin Kosor als Fortsetzungsroman einer autistischen politischen Klasse, der jegliches Bindungsgefühl zur gesellschaftlichen Realität Kroatiens und den konkreten Problemlagen der Menschen abhanden gekommen ist. Dazu passt, dass lediglich auf außenpolitischem Terrain mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt worden ist.

## **Parlamentswahlen 2011 – Ergebnis und Analyse**

Die Wahlbeteiligung lag bei den diesjährigen Parlamentswahlen bei knapp über 46 Prozent, was einen Rückgang um elf Prozentpunkte im Vergleich zu den Wahlen 2007 bedeutet. Die siegreiche «Kukuriku»-Koalition unter Führung der sozialdemokratischen SDP errang nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis insgesamt 80 Mandate, was knapp 52 Prozent der abgegebenen Stimmen entspricht, während die bisher regierende HDZ mit 47 Mandaten knapp über 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Damit hat «Kukuriku», neben der SDP noch bestehend aus der «Kroatischen Volkspartei» HNS, dem «Istrischen

---

<sup>7</sup> Zum besseren Verständnis dieses schwierigen Kapitels einfürend Ivo Goldstein, *Dvadeset godina samostalne Hrvatske*, Zagreb 2010; <http://www.hrw.org/en/node/11081/section/5>, aufgerufen am 29.11.2011; interessant weil beispielhaft der Umgang mit dem bekannten serbischen Schriftsteller Radomir Konstantinović. Dazu Boris Pavelić, *Duh palanke osvetio se svome dijagnostičaru. Hrvatska ignorira otimanje kuće velikog Radomira Konstantinovića u Rovinju*, in: *Novi list*, 19.11.2011.

Demokratischen Parlament» IDS und der «Kroatischen Pensionärspartei» HSU zwar nicht die in einigen Prognosen in Aussicht gestellte absolute Mehrheit erreicht, dennoch verfügt sie über eine politisch sehr stabile und komfortable Position, auch weil sich die restliche Zusammensetzung des kroatischen Parlaments überwiegend links von der nun in Opposition stehenden HDZ sieht. Dazu gehört die neugegründete Partei «Kroatische Arbeiter» [Hrvatski laburisti] mit sechs Mandaten, die SDSS mit drei Mandaten, der Zusammenschluss zwischen «Kroatischer Bauernpartei» HSS, «Grüner Partei» ZS und der «Rentnerpartei» SP mit einem Mandat sowie die Liste des linksliberalen Theologen und Kirchenkritikers Ivan Grubišić mit zwei Mandaten. Dieser Mitte-Links-Block kommt auf 92 Sitze (63 Prozent) im neuen Parlament, während die rechten Parteien insgesamt 55 Sitze (knapp 35 Prozent) besetzen. Neben der gemeinsam angetretenen Mitte-Rechts-Koalition bestehend aus HDZ, der «Kroatischen Bürgerlichen Partei» HGS und dem «Demokratischen Zentrum» DC, errang die «Kroatische Demokratische Partei von Slawonien und der Baranja» HDSSB sechs Mandate, während die faschistoide «Kroatische Rechtspartei» HSP/HČSP mit einem Vertreter die Rechtsaußenbesetzung des Parlaments darstellt. Politisch nicht eindeutig zuzuordnen sind die fünf Vertreter der staatlich anerkannten Minderheiten. Wie die voranstehenden Bemerkungen zeigen, wurde die Frage etwaiger Koalitionsmöglichkeiten in Kroatien schon vor der Wahl geklärt. Die Differenzen zwischen den beiden stärksten Parteien SDP und HDZ waren und sind nahezu unüberbrückbar, gleichzeitig bestand ein ausgeprägter Veränderungswunsch sowohl bei den anderen Parteien des Mitte-Links-Spektrums als auch bei der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit, der sich zu einem ausgeprägten Lagerwahlkampf entwickelte.

In der Öffentlichkeit wurden die Wahlen auch als ein eben solcher perzipiert, und ein Großteil der Medien unterstützte zumindest implizit die oppositionelle «Kukuriku»-Koalition.<sup>8</sup> Den Hintergrund dieser extremen Wechselstimmung in Kroatien bildeten zwei große Problemblocke, deren erfolgreiche Behebung der abgewählten Mitte-Rechts-Koalition nicht nur nicht zugetraut worden ist, sondern sie wurde auch als ursächlicher Akteur dieses negativen Ist-Zustands

---

<sup>8</sup> Exemplarisch dazu die großen Tageszeitungen Jutarnji list und Novi list. Siehe etwa die Titelseite des Jutarnji list vom 05.12.2011 mit der Überschrift «Vrijeme za novi početak» [Zeit für einen Neuanfang]. URL: <http://www.jutarnji.hr/> aufgerufen am 05.12.2011.

wahrgenommen. Die schwere ökonomische und soziale Situation Kroatiens wurde dabei nicht nur der abgewählten Regierung und der Premierministerin Jadranka Kosor angelastet, die gesamte historische Rolle dieser Ende der 1980er Jahre vom ersten kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman gegründeten nationalkonservativen Partei wurde einer kritischen Revision unterzogen. Dahinter stehen die seit Jahren erhobenen Vorwürfe der Vettern- und Günstlingswirtschaft insbesondere gegenüber parteigenehmen Geschäftsleuten, die undurchsichtige und ruinöse Privatisierungspolitik, die zu einem beinahe flächengreifendem Niedergang des Produktionssektors in Kroatien führte sowie eine sozial extrem segregierende Bildungspolitik, deren Ergebnis am schleichenden Verfall des kroatischen Hochschulsystems ablesbar ist. Den zweiten großen Problemblock stellte die latente Korruptiertheit des Staates dar. In der vergangenen Legislaturperiode wurden unzählige Korruptionsskandale öffentlich, deren medialer Höhepunkt dann mit der Verhaftung des damaligen HDZ-Vorsitzenden und Premierministers Ivo Sanader erreicht wurde. Dahinter standen und stehen unzählige weitere Korruptionsaffären um Parteienfinanzierung, unrechtmäßigen Immobilienerwerb oder der Käuflichkeit von Universitätsprofessoren und anderen staatlichen Beamten. Im Ergebnis stand ein passiver und uninspirierter Politikstil der HDZ-Koalition, der sich innenpolitisch in einer starren Fortführung klientelistischer Daseinsfürsorge, und außenpolitisch in einer demagogischen Abgrenzung gegenüber den Nachbarstaaten niederschlug. In diesem politischen Vakuum schaffte es die «Kukuriku»-Koalition sich als potentieller und glaubwürdiger Erneuerer zu präsentieren. Unter dem medial geschickt beworbenem Aktionsprogramm «Plan 21», das interessierten Bürger\_innen sogar zu Ergänzungen zur Verfügung stand und mit diesen Ergänzungen auch veröffentlicht worden ist, vereinigte die SDP-geführte Mitte-Links-Option den Veränderungswunsch der Mehrheitsbevölkerung mit einer Vertrauen stiftenden Transparenz, die als sympathischer Gegenentwurf zu den herrschenden Strukturen auch den erwünschten Wahlsieg brachte.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Das Programm findet sich auf <http://www.kukuriku.org/files/plan21.pdf> , zuletzt aufgerufen am 05.12.2011.

## Die Linke in Kroatien

Mit den abgelaufenen Parlamentswahlen hat Kroatien zumindest formal einen linken Kurswechsel beschritten. Von den insgesamt 39 zur Wahl angetretenen Parteien, Bündnissen unabhängigen Listen und Einzelkandidaten schafften mit der SDP, der SDSS sowie den «Kroatischen Arbeitern» und der «Grünen Liste» vier dem linken Spektrum zugehörige Parteien den Sprung ins kroatische Parlament. Hinzu kommen weitere linke Gruppierungen, die den Einzug nicht geschafft haben aber dennoch über ein gewisses politisches Potential verfügen, etwa die in Istrien recht populäre «Jugendaktion» [Akcija mladih] oder die «Sozialistische Arbeiterpartei» SRP. Zu den interessantesten unabhängigen Kandidaten zählte der linksliberale Pfarrer Ivan Grubišić, der sich als progressiver Kritiker der Katholischen Kirche und ihres Klerus in Kroatien einen Namen machte und mit seiner Liste zwei Mandate errang.

Die im «Sabor» vertretenen Parteien des linken Spektrums werden mit 78 Sitzen nominell angeführt durch die sozialdemokratische SDP und ihrem Bündnis «Kukuriku». Über die genaue soziale Zusammensetzung ihrer Wählerschaft lassen sich noch keine genauen Ausführungen machen, jedoch kann man den Angaben der «Staatlichen Wahlkommission» DIP folgend eine regionale und somit auch annähernd soziale Rekrutierung erschließen. Den größten Erfolg hatte die siegreiche «Kukuriku»-Koalition in den urbanen und ehemals industriellen Ballungszentren, allen voran in der dritten und in der achten Wahleinheit. Die dritte Wahleinheit umfasst das nördlich der Hauptstadt Zagreb bis zur ungarischen Grenze gelegene, hauptsächlich industriell geprägte Gebiet um die bekannte Textilstadt Varaždin. Hier errang die SDP-Koalition mit knapp 52 Prozent Stimmenanteil ihr zweitbestes Ergebnis, während die links von der SDP positionierten «Kroatischen Arbeiter» um ihren Spitzenkandidaten Dragutin Lesar in diesem Bezirk mit über 10 Prozent ihr bestes Ergebnis erreichten. In der achten Wahleinheit, einer traditionellen SDP-Hochburg im istrischen und sich zur Hafenstadt Rijeka ausweitendem Küstenland, konnten die kroatischen Sozialdemokraten mit über 57 Prozent ihr bestes Ergebnis verbuchen, während es die «Kroatischen Arbeiter» nur knapp über die fünf Prozent-Hürde schafften. Hier errang die regierende HDZ ihr landesweit schlechtestes Ergebnis mit knappen zwölf Prozent. Dieses Wahlgebiet ist insofern auch über die



aktuellen Wahlen interessant, da es eine traditionell linke Hochburg darstellt und auch während der grausamen Kriege in den 1990er Jahren nie mehrheitlich für rechtsnationale Parteien optierte. Insbesondere die Hafenstadt Rijeka mit einer organisierten und bewussten Arbeiterschaft erwies sich als immun gegenüber nationalistischen Demagogen, was in den 1990er Jahren zu einem erheblichen Konflikt mit der Tuđman-Regierung führte und darin mündete, dass die Staatsadministration alles mögliche unternahm, um den Hafen zu privatisieren und abzuwickeln. Heutzutage kämpft eben dieser Hafen um seine weitere Existenz, da er gegenüber anderen kroatischen Häfen, etwa dem Hafen in Split, struktur- und finanzpolitisch benachteiligt wird. Als konservative Domänen erwiesen sich die ländlichen und strukturschwachen Landesteile, auch wenn die HDZ hier nicht mehr an ihre vorherigen Mehrheiten herankam. In der fünften Wahleinheit, die das Gebiet um Ostslawonien und die im Krieg zerstörte Stadt Vukovar umfasst, errang die Mitte-Links-Koalition um die SDP mit knapp 32 Prozent der Stimmen einen Prozentpunkt weniger als die HDZ, die «Kroatischen Arbeiter» kamen auf knapp über zwei Prozent, was deutlich unter dem Landesschnitt lag. Ebenso verhielt es sich in der neunten Wahleinheit, zusammengesetzt aus dalmatinischen Vorland und Norddalmatien mit der Küstenstadt Zadar, wobei die «Kukuriku»-Koalition hier mit knapp 29 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis erreichte, die «Kroatischen Arbeiter» mit knapp zweieinhalb Prozent ebenfalls deutlich unter dem Schnitt lagen, dafür aber die beiden offen faschistischen Parteien «Kroatische Rechtspartei» und die «Reine Kroatische Rechtspartei Dr. Ante Starčević» mit über vier Prozentpunkten deutlich mehr Wähler fanden als in anderen Landesteilen. Als eine rechte Hochburg, wenn auch nur unter den Bedingungen einer tragikomischen Wahlbeteiligung von knapp über fünf Prozent, von denen auch noch über ein Prozent wegen ungültiger Wahlzettel heraus fällt, entwickelt sich die elfte Wahleinheit der kroatischen Diaspora. Hier traten kaum linke Parteien an, und die HDZ erreichte mit 15.000 Stimmen über 70 Prozent, während die rechtsextreme HSP mit 10 Prozent zur zweitstärksten politischen Kraft avancierte.

Aus einer linken Perspektive ist aber auch das Wahlergebnis der nicht im Parlament vertretenen «Sozialistischen Arbeiterpartei» SRP interessant, denn die SRP stellt die einzige sozialistische Alternative in Kroatien dar. Die SRP wurde 1997 durch den ehemaligen Vorsitzenden des jugoslawischen Bundes der Kommunisten Stipe Šušar

gegründet und versammelte in ihrer ersten Zeit viele angesehene Intellektuelle wie den inzwischen verstorbenen Milan Kangrga, der zu den Mitbegründern der philosophischen Zeitschrift «Praxis» und der «Sommerschule auf Korčula» gehörte, den Soziologen und ehemaligen Studentenaktivisten Alija Hodžić, den Filmschauspieler Rade Šerbedžia oder aktuell den Olympiateilnehmer und Goldmedaillengewinner im Gewichtheben Nikolaj Pešalov, der sogar auf Listenplatz 2 in der Stadt Split als Kandidat auftrat. Ihrem Programm zufolge versteht sich die SRP als breite Sammlungsbewegung aller sozialistisch orientierten Kräfte in Kroatien, doch seit ihrer Gründung sieht sich die Partei immer wiederkehrenden Spaltungstendenzen ausgesetzt, aktuell in Form einer Abspaltung trotzkistischer Mitglieder, die sich der Vierten Internationale anschließen wollen. Die innerparteilichen Verwerfungen und ideell-programmatischen Konflikte sind auch ein Grund dafür, dass die Partei nach wie vor eine politische Randerscheinung darstellt, ablesbar am aktuellen Ergebnis. Obwohl in allen zehn territorialen Wahleinheiten zur Wahl angetreten, errang die Partei im Durchschnitt lediglich einen halben Prozentpunkt. Damit blieb sie sogar hinter den sehr bescheidenen Ergebnissen der Wahlen von 2007, als sie knapp über einen Prozentpunkt erreichte.

Betrachtet man diese nominellen Fakten, so kann man in Kroatien eine deutliche Verlagerung der politischen Kräfteverhältnisse nach Links konstatieren. Doch stellt sich unweigerlich die Frage, ob auch eine inhaltlich-praktische Verschiebung von der neoliberal-klientelistischen hin zu einer transparenten, sozial gerechten und den Schutz öffentlicher Güter garantierenden Politik geleistet wird. Hier sind ernsthafte Zweifel anzubringen, denn programmatisch äußert sich die neugewählte Koalition in ihrem «Plan 21» nicht konkret zu einzelnen Mechanismen, die einen Schutz öffentlicher Güter garantieren würden. Im erwähnten Programm wird dagegen eher nebulös von einer zukünftig gerechteren Wirtschafts- und Sozialpolitik gesprochen, ohne die Funktionsweise, zyklische Krisenanfälligkeit und innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems überhaupt zu thematisieren. Dazu lediglich ein Zitat: «Wir kündigen eine Änderung des kroatischen Kapitalismus an», heißt es etwa unter Punkt 6, «und die endgültige Abkehr vom peripheren, unkontrollierten und gesetzeswidrigen Profitstreben, des Bereicherns auf Kosten der Nation und der Entrechtlichung der Arbeiter.» Aus diesen sehr allgemeinen

Absichtserklärungen wird kaum ersichtlich, mit welchen politischen Mitteln die neue Regierung der bisherigen neoliberalen und klientelistisch fundierten Transformation der kroatischen Gesellschaft entgegengetreten wird. Zwar vollzog die sozialdemokratische SDP einen rhetorischen Linksruck, auch unter dem Druck einer erstarkten und sehr aktiven Studentenschaft in den Metropolen und Hochschulzentren, doch gerade auch in der Frage der zukünftigen Ausrichtung der Bildungspolitik sind große Zweifel an einer substantiellen Änderung der eingeschlagenen Privatisierung und Exklusivierung von Bildung angebracht. Während die Aktivist\_innen der Studentenbewegung, auch in Kooperation mit Arbeiter\_innen, einen eindeutigen Standpunkt diesbezüglich vertreten, dass Bildung und Forschung nämlich keine frei zu distribuierende Waren auf dem Kapitalmarkt werden dürfen, die lediglich den spezifischen Interessen des Privatkapitals dienen und nur den Kindern von Vermögenden zugänglich sind, argumentiert die «Kukuriku»-Koalition in eine entgegen gesetzte Richtung: «Unser Ziel ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen und Wirtschaft sowie der Anschlag höherer privater Investitionen in Entwicklung und Forschung.» Es bleibt abzuwarten, wie sich das kritische Verhältnis zwischen der organisierten Studentenbewegung, die im Moment die einzig relevante soziale Bewegung in Kroatien darstellt, und der neugewählten politischen Option entwickeln wird.<sup>10</sup>

## **Ausblick**

Die Linke in Kroatien steht im Moment sowohl im regionalen Fokus als auch am Scheideweg. Einerseits stellt ihr Erfolg die Notwendigkeit und Attraktivität linker Positionen in den gegenwärtigen Transformationsgesellschaften des ehemaligen Jugoslawiens dar. Sie kann für die linken Strömungen in Bosnien-Herzegowina, Serbien, Makedonien oder Slowenien initiative Wirkung entfalten, in einigen Fällen ist dies auch schon geschehen, wie an der Vernetzung und Solidarität zwischen studentischen Aktivist\_innen aus Zagreb, Belgrad, Ljubljana, Sarajevo und Skopje zu

---

<sup>10</sup> Vgl. dazu Plenum Filozofskog fakulteta u Zagreb, Neoliberalne podvale glavnih stranaka, URL: <http://www.h-alter.org/vijesti/hrvatska/neoliberalne-podvale-glavnih-stranaka> , zuletzt aufgerufen am 06.12.2011; Goran Zubak, Što očekuju od izbornih pobjednika?, URL: <http://www.h-alter.org/vijesti/politika/sto-ocekuju-od-izbornih-pobjednika> , zuletzt aufgerufen am 06.12.2011.

sehen ist.<sup>11</sup> Auch sind solidarische Aktionen zwischen Arbeiter\_innen vermehrt zu beobachten.<sup>12</sup> Am Scheideweg steht sie indes, weil die Erwartungen, die an sie gestellt werden, von den im Parlament vertretenen Parteien, selbst von den links der sozialdemokratischen Partei stehenden «Kroatischen Arbeitern» HL, wohl nur unzureichend eingelöst werden und somit potentiell zu einer zukünftigen Abwendung von linken politischen Perspektiven führen könnten. Hier kommt einer starken außerparlamentarischen linken Bewegung die Aufgabe zu, kritisch und eingreifend den politischen Entscheidungsfindungsprozess zu begleiten und Gegenpositionen zu artikulieren.

### **Auch Slowenien rückt nach links?**

Am 04.12.2011 fanden auch Wahlen im Nachbarstaat Slowenien statt. Slowenien, seit 2004 EU-Mitglied und neben der Slowakei und Estland der einzige osteuropäische Staat in dem der EURO offizielle Währung ist, galt (und gilt) als Musterbeispiel für eine effiziente und zielgerichtete Transformationspolitik. Doch mit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise sah sich auch das beschauliche Slowenien mit einem immer tiefer gehenden sozialen Riss in der Gesellschaft konfrontiert, so dass den bisherigen Modellen einer liberalkapitalistischen Transformation ein immer lauter und organisierter werdender Widerstand entgegengesetzt worden ist. Das aktuellste Beispiel hierfür, das auch die allgegenwärtige Misere im Bildungssektor abbildet, ist die Besetzung der Philosophischen Fakultät der größten Universität in der Hauptstadt Ljubljana.<sup>13</sup> In dieser problematischen und konfliktreichen Gemengelage fanden auch die slowenischen Parlamentswahlen statt, deren Ausgang mit dem Sieg des erprobten Polittechnokraten Janez Janša von der nationalliberalen «Slowenischen Demokratischen Partei» SDS schon sicher schien. Doch auch in Slowenien stimmte die Bevölkerung für einen Perspektivenwechsel, und mit der Wahl des Bürgermeisters von Ljubljana Zoran Janković und seiner neuformierten Partei «Positives Slowenien» optierten sie für einen medial beliebten

---

<sup>11</sup> Siehe die Texte, Proklamationen, Unterstützungspetitionen etc. auf <http://www.slobodnifilozofski.com/>

<sup>12</sup> <http://www.josd.org/?p=314> , zuletzt aufgerufen am 06.11.2011.

<sup>13</sup> Dazu <http://www.slobodnifilozofski.com/2011/11/mi-smo-univerza-fasizam-na-filozofskom.html> , zuletzt aufgerufen am 06.12.2011.

aber inhaltlich kaum profilierten Politiker aus dem Mitte-Links-Lager. Während Jankovičs Partei überraschend an die 30 Prozent Marke stieß, blieb der favorisierte Janša deutlich unter dieser Marke und errang mit seiner konservativen SDS lediglich 25 Prozent der Stimmen. Den Sprung ins Parlament haben außerdem noch die Sozialdemokraten des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Borut Pahor geschafft, allerdings mit einem Ergebnis von knapp über zehn Prozent sowie die «Bürgerliche Liste» von Gregor Viranta mit acht Prozent. Nach bisherigen Informationen wird sich die nächste slowenische Regierung aus der Jankovič-Partei «Positives Slowenien», den abgestraften Sozialdemokraten sowie der «Bürgerlichen Liste» zusammensetzen.